



Im Sommersemester 2026 biete ich erneut gemeinsam mit Vertretern des Generalbundesanwalts, Herrn Bundesanwalt Kai Lohse und Herrn OStA Prof. Dr. Gerwin Moldenhauer, ein Seminar zum Staatsschutzstrafrecht an. Das Seminar widmet sich aktuellen Fragestellungen des Staatsschutzstrafrechts und will vor allem Phänomene und Herausforderungen in den Blick nehmen, denen die Bundesrepublik im Zusammenhang mit (nationalen wie internationalen) terroristischen Bedrohungen ausgesetzt ist, sei es von inländischen Umsturzphantasien oder durch Angriffe aus dem Ausland. Die Reichsbürger-Prozesse, die hybride Bedrohung durch Russland, grassierender Antisemitismus, anhaltende Islamismus- oder Sabotage- und Protestaktionen, mit denen öffentlichkeitswirksam extremistische Ziele verfolgt werden, haben eine intensive Diskussion darüber ausgelöst, ob und wie die freiheitlich demokratische Grundordnung wirksamer geschützt werden kann. Eingebettet ist dieser Diskurs in eine allgemeine Agenda zur Stärkung europäischer Sicherheit und demokratischer Resilienz. Neben den „klassischen“ Tatbeständen des Staatsschutzstrafrechts und ihrer Entwicklung in der Rechtspraxis werden während des Seminars daher auch neue Erscheinungsformen des politischen Extremismus und äußerer Gefahren daraufhin untersucht, ob legislativer Handlungsbedarf besteht. Zur Einrahmung der Diskussion sollen auch besonders prägende Strafverfahren vorgestellt und eingeordnet werden. Im Verfahrensrecht werden die besonderen Herausforderungen und Eigenarten der Strafverfolgung behandelt und die Zusammenarbeit der Strafverfolgung mit anderen Sicherheitsbehörden diskutiert.

Das Seminar steht allen Studierenden offen. Es werden keine speziellen Vorkenntnisse erwartet. Es findet in zwei eintägigen Blöcken im Juni und Juli 2026 an der Universität Heidelberg und – vorbehaltlich weiterer Abklärungen – voraussichtlich auch in den Räumlichkeiten des GBA in Karlsruhe statt.

Anmeldungen sind bitte in Verbindung mit der Angabe von zwei Wunschthemen bis zum 9.2.2026 an das Sekretariat des Lehrstuhls ([sekretariat.meyer@jurs.uni-heidelberg.de](mailto:sekretariat.meyer@jurs.uni-heidelberg.de)) zu schicken. Die Anmeldung sollte neben den Wunschthemen folgende Angaben enthalten: Name, Vorname, Matrikelnummer, Semesterzahl, E-Mail-Adresse. Die Themen der Studienarbeiten werden separat vergeben.

Sie werden bis zum 16.2.2026 informiert werden, ob ihre Anmeldung berücksichtigt werden konnte. Für die Teilnehmer findet in der ersten Hälfte der vorlesungsfreien Zeit ein heiCONF-Meeting für eine erste Orientierung statt.

## Themenliste

1. Historische Prozesse: RAF-Stammheim
2. Historische Prozesse: NSU
3. Historische Prozesse: Reichsbürger
4. Historische Prozesse: 9/11
5. Verfassungshochverrat im Spiegel der Rechtsprechung
6. Historische Entwicklung des Staatsschutzstrafrechts der BRD
7. Das Rechtsgut der Staatsschutzdelikte
8. Der politische Straftäter und seine rechtliche Behandlung in historischer Perspektive (Festungshaft, Amnestien, Zuerkennung guter nationaler Gesinnung, Immunität)
9. Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, § 89a StGB: strafrechtliche Begründung, verfassungsrechtliche Grenzen und Herausforderungen bei der Umsetzung von europäischen Vorgaben
10. Der Vereinigungsbegriff in §§ 129, 129a, 129b StGB
11. Rechtsgut der §§ 129, 129a, 129b und Bestimmung der „öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ im StGB
12. Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens, § 83 StGB: Begriff und Tathandlungen
13. Die Verwendung von Kennzeichen gem. § 86a StGB und ihre verfassungsrechtlichen Grenzen unter besondere Berücksichtigung des Bestimmtheitsgrundsatzes (Art. 103 Abs. 2 GG)
14. Der Begriff des Propagandamittels und die Strafbarkeit seiner Verwendung gem. § 86 StGB
15. Strafbarkeit von Terrorismusfinanzierung
16. Antisemitische Straftaten und Volksverhetzung
17. Schutz von demokratischen Wahlen mit Strafrecht?
18. Kriminalisierung ausländischer Einflussnahme?
19. Kriminalisierung von Fake News?
20. Strafrechtliche Bekämpfung von Hassrede/Hasspostings (inkl. NetzDG)
21. Kriminalisierung des Teilens antisemitischer und extremistischer Hetze von Amtsträgern und Soldaten (im Zusammenhang mit der Dienstausübung) in geschlossenen Chatgruppen?
22. Strafrechtliche Möglichkeiten zum Schutz kritischer maritimer Infrastruktur
23. Möglichkeiten zur Begründung strafprozessualer Zugriffsrechte auf See
24. Infiltration / Hacking / V-Leute (strafverfahrensrechtliche Möglichkeiten zur Infiltration terroristischer Vereinigungen)
25. Informationsaustausch im Sicherheitsrecht (inkl. Möglichkeiten und Grenzen der Integration von Informationssystemen)
26. Das Kraftfahrzeug im Spiegel der gesetzlichen Merkmale der Waffe und des gefährlichen Werkzeugs (vgl. §§ 113 Abs. 2 Nr. 1, 224 Abs. 1 Nr. 2, 244 Abs. 1 Nr. 1a) und die rechtspolitische Diskussion
27. Das externe Weisungsrecht (§ 147 Nr. 1 u. Nr. 2 GVG): historische Wurzeln, europäische Einordnung und rechtspolitische Diskussion